



Niederschrift

56. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Hauptausschusses

Sitzungstermin:	Mittwoch, 20.09.2006
Sitzungsbeginn:	17:00 Uhr
Sitzungsende:	20:20 Uhr
Ort, Raum:	Stadthaus, R. 280 a

Anwesend sind:

Herr Jakobs, Jann	Oberbürgermeister	
Herr Dr. Gunold, Klaus-Uwe	DIE LINKE. PDS	
Frau Müller, Birgit	DIE LINKE. PDS	
Frau Dr. Müller, Sigrid	DIE LINKE. PDS	
Herr Dr. Scharfenberg, Hans-Jürgen	DIE LINKE. PDS	
Frau Dr. Schröter, Karin	DIE LINKE. PDS	
Frau Knoblich, Hannelore	SPD	
Herr Mühlberg, Andreas	SPD	
Herr Schubert, Mike	SPD	
Herr Bretz, Steeven	CDU	
Herr Heinzl, Horst	CDU	
Frau Paulsen, Bettina	CDU	
Herr Schüler, Peter	Bündnis 90/Die Grünen	
Frau Bankwitz, Ute	BürgerBündnis/FDP	ab ca. 17:50 Uhr
Herr Utting, Brian	FAMILIEN-PARTEI	
Herr Grünberg, Kai	Die Andere	

Nicht anwesend sind:

Herr Gohlke, Dieter	FAMILIEN-PARTEI	entschuldigt
Frau Grimm, Ute	Die Andere	entschuldigt

Gäste:

Herr Exner, GB 1
Frau Fischer, GB 2
Frau E. Müller, GB 3
Frau Dr. von Kuick-Frenz, GB 4
Herr Marshall und Herr Preuß, Polizeipräsidium Potsdam
Vertreter der Initiative „Freies Tor“
Herr Cornelius, Fraktion CDU und Vertreter der AG City
Herr Erdmann, Rechnungsprüfungsamt
Frau Kluge, FB Ordnung und Sicherheit
Herr Schrewe, FB Ordnung und Sicherheit
Herr Schiemann, FB Ordnung und Sicherheit
Herr Schweers, Jugendamt
Herr Goetzmann, FB Stadtplanung und Bauordnung
Herr Jetschmanegg, Büro des Oberbürgermeisters
Frau Ziegenbein, Schriftführerin

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung sowie der Beschlussfähigkeit, Bestätigung der Tagesordnung, Bestätigung des Protokolls vom 06. September 2006
- 2 Lenindenkmal an der Hegelallee
Vorlage: 06/SVV/0113
Fraktion CDU
- 3 Sonderstraßenbaubeitragssatzung für die baulichen Maßnahmen der Landeshauptstadt Potsdam für den Zeitraum vom 21.11.1997 bis 05.08.2003
Vorlage: 06/SVV/0391
Oberbürgermeister, FB Grün- und Verkehrsflächen
- 4 Förderung von Familien
Vorlage: 06/SVV/0475
Fraktion SPD
- 4.1 Umsetzung der 'Leitlinien zur Familienpolitik' der Landesregierung durch die Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 06/SVV/0509
Oberbürgermeister, FB Jugendamt
- 5 Rechenschaftslegung von Aufsichtsratsmitgliedern in der Stadtverordnetenversammlung
Vorlage: 06/SVV/0499
Fraktion Die Andere
- 6 Public Corporate Governance Kodex der Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 06/SVV/0650
Oberbürgermeister, SB Finanzen und Berichtswesen
- 7 Straßenreinigungssatzung 2007
Vorlage: 06/SVV/0507
Oberbürgermeister, FB Ordnung und Sicherheit
- 8 Straßenreinigungsgebührensatzung 2007 ohne Grundgebühr
Vorlage: 06/SVV/0508
Oberbürgermeister, FB Ordnung und Sicherheit
- 9 Sitzungskalender 2007
Vorlage: 06/SVV/0619
Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der StVV
- 10 Nutzungskonzept für die Potsdamer Innenstadt
Vorlage: 06/SVV/0652
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 11 City - Beirat
Vorlage: 06/SVV/0656
Fraktion SPD

- 12 Mitteilungen der Verwaltung
- 12.1 Berichterstattung zum Thema Vandalismus
- 12.2 Transformationsprozess im Klinikum Ernst von Bergmann
 aus HA 14.06.2006
- 12.3 Analyse des Einsatzes öffentlicher Mittel
 Vorlage: 06/SVV/0679
 Oberbürgermeister, FB Stadterneuerung und Denkmalpflege
- 12.4 Information zur DS 06/SVV/0225
- 12.5 behindertengerechte Ausstattung des Hans-Otto-Theaters
- 12.6 Griebnitzsee
- 13 Sonstiges

Nicht öffentlicher Teil

- 14 Bestätigung der nicht öffentlichen Tagesordnung sowie Bestätigung des nicht öffentlichen Protokolls der Sitzung vom 06. September 2006
- 15 Vergabe von Aufträgen hier: Ausbau der Nuthestraße - L 40, 1. Nutzungsabschnitt
 Vorlage: 06/SVV/0752
 Oberbürgermeister, FB Grün- und Verkehrsflächen
- 16 Besetzung des Gremiums 'Mieterbetreuung/Verkaufspaket' bei der Pro Potsdam GmbH
 aus HA 06.09.2006
- 17 Mitteilungen der Verwaltung
- 17.1 Transformationsprozess im Klinikum Ernst von Bergmann
- 18 Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 **Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung sowie der Beschlussfähigkeit, Bestätigung der Tagesordnung, Bestätigung des Protokolls vom 06. September 2006**

Der Oberbürgermeister begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest (zu Beginn der Sitzung sind 15 Mitglieder des Hauptausschusses anwesend).

Zur Tagesordnung schlägt der Oberbürgermeister folgende Änderungen vor:

- In Erweiterung der Tagesordnung soll die DS 06/SVV/0776 – Dienstreise der Vorsitzenden der StVV aufgenommen und nach dem Tagesordnungspunkt 9 behandelt werden.
- Der Tagesordnungspunkt 12.1 soll als erstes behandelt werden, weil dazu Herr Marshall eingeladen ist und er anschließend noch einen weiteren Termin wahrzunehmen hat.
- Der Initiative „Freies Tor“ sollte **Rederecht** zu TOP 10 und 11 gewährt werden.
- Die Tagesordnungspunkte **5** und **6** sollen auf Grund ihres sachlichen Zusammenhangs auch zusammen behandelt werden.
- Der Tagesordnungspunkt 12.2 wird auf Empfehlung von Herrn Exner im nicht öffentlichen Teil behandelt.

Darüber hinaus bittet Frau Dr. Müller, unter „Mitteilungen der Verwaltung“ zur behindertengerechten Ausstattung des Hans-Otto-Theaters zu informieren. Das sei eine Forderung aus der Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales vom 12. September 2006.

Gegen die genannten Änderungen der Tagesordnung erhebt sich kein Widerspruch. Die so geänderte Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

Zum Protokoll des öffentlichen Teils der 55. Sitzung vom 06.09.2006 gibt es keine Hinweise oder Änderungen; das Protokoll wird mit 11 Ja-Stimmen, bei 4 Stimmenthaltungen, bestätigt.

zu 12.1 **Berichterstattung zum Thema Vandalismus** eingeladen wird ein Vertreter des Polizeipräsidiums

Zu diesem Tagesordnungspunkt begrüßt der Oberbürgermeister Herrn Marshall vom Polizeipräsidium und Herrn Preus, der die Funktion des stellvertretenden Schutzbereichsleiter neu übernommen hat. Er verweist auf die Beantwortung der Kleinen Anfrage „Vandalismusschäden in Potsdam“ von der Fraktion SPD, in der auch eine Auflistung der Schadenssummen enthalten sei.

Anschließend folgen Ausführungen von Herrn Marshall zur Interpretation der Polizei zu Sachbeschädigungen, die er an Hand von Zahlen aus der aktuellen Kriminalitätsstatistik erläutert.

Der Oberbürgermeister fasst anschließend zusammen, dass der prozentuale Anteil der Sachbeschädigungen in der Kriminalitätsstatistik wachse, die Situation unbefriedigend sei und man an Hand konkreter Beispiele überlegen müsse, was man dagegen tun könne.

Einige Mitglieder des Hauptausschusses bemängeln, dass dieser Punkt ohne Bezug auf die Kleine Anfrage in die Tagesordnung aufgenommen wurde. Das sei

für die Vorbereitung der anderen Fraktionen nicht hilfreich. Daraufhin erläutert Herr Schubert, dass der Auslöser für die Kleine Anfrage 06/SVV/0615 der Fraktion die Ereignisse im Luftschiffhafen und der Freundschaftsinsel waren. Daraus leitete sich für ihn die Frage ab, wie damit umgegangen werde und was man tun könne.

Herr Marshall weist darauf hin, dass versucht werde, diese Probleme seit 2 Jahren in enger Zusammenarbeit und mit verschiedenen Projekten und Ideen zu lösen. Allein durch Streifentätigkeit werde man Vandalismus nicht verhindern. Auf Grund der jüngsten Ereignisse habe sich die Polizei den Luftschiffhafen noch einmal angesehen, um „Sicherheit draufzulegen“.

Herr Dr. Scharfenberg fragt in dem Zusammenhang nach, ob die Aussage dann immer noch stimme, dass mit der Videoüberwachung keine Verdrängung der Kriminalität in die angrenzenden Bereiche stattfinde. Er sehe einen Widerspruch in der Feststellung eines Rückgangs der Kriminalität, wenn real die Zahlen eigentlich steigen.

Auf die Nachfrage von Herrn Bretz zur Höhe der Schadenssumme verweist Herr Schubert auf die Antwort zu der o.g. Kleinen Anfrage. Herr Schüler meint, die Stadt könne keine Videoüberwachung veranlassen und deshalb sollte sich die Diskussion auf die von der Stadt zu lösenden Probleme beschränken. Der Oberbürgermeister widerspricht; die Stadt können das durchaus, da sowohl Freundschaftsinsel als auch Luftschiffhafen städtische Grundstücke seien.

Frau Dr. von Kuick-Frenz beziffert die Schäden auf der Freundschaftsinsel für 2004 auf 34.500 € und für 2005 auf 43.000 Euro. Deshalb diskutiere man derzeit die möglichst zeitnahe Schließung der Freundschaftsinsel in den Nachtstunden. Man wolle im Herbst diese Schließung bei Eintritt der Dunkelheit mit einem Bauzaun für ca. 3 Monate probieren.

Bezüglich des Luftschiffhafens verweist Frau Fischer auf den dazu vorliegenden Antrag der Fraktion SPD, der im Ausschuss für Bildung und Sport noch nicht diskutiert sei. Sie wolle dem nicht vorgehen, meint jedoch, hier müsse die Verhältnismäßigkeit der Mittel im Auge behalten werden.

Herr Grünberg meint, dass die ehemaligen „Störer“ vom Potsdam-Center jetzt die Freundschaftsinsel nutzen und die werde auch ein Bauzaun nicht abhalten. Dem entgegnet der Oberbürgermeister, dass man nicht tatenlos zusehen könne, wenn wertvolle Gegenstände zerstört werden, andererseits kann ein Bauzaun auch nicht die Dauerlösung sein. Mit dem Neubau der ÖPNV-Brücke soll auch der Eingangsbereich neu und einladender gestaltet werden. Bezüglich des Luftschiffhafens werde gemeinsam mit der Polizei ein Konzept erarbeitet.

Herr Schubert empfiehlt, eine Präzedenzprüfung bezüglich der Freundschaftsinsel nicht in den Wintermonaten durchzuführen. Das Frühjahr sei hier geeigneter, weil die Insel hier viel stärker genutzt werde. Herr Dr. Scharfenberg verweist darauf, dass es in den Wintermonaten schon sehr früh dunkel werde und man die Insel nicht schon um 16:00 Uhr schließen könne; das sollte so gegen 20:00 Uhr erfolgen. Er bittet die Verwaltung konkret zu formulieren, wie das praktisch laufen solle.

zu 2

Lenindenkmal an der Hegelallee

Vorlage: 06/SVV/0113

Fraktion CDU

Herr Bretz verweist auf die im Ausschuss für Kultur geänderte Fassung des Antrages, die von der Fraktion der CDU so übernommen werde. Er erläutert nochmals den Hintergrund der Antragstellung und gibt eine Stellungnahme der Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kultur, Frau Prof. Dr. Wanka, zur Kenntnis.

Der Fraktion CDU gehe es nicht um eine „historische Gesamtbilanz „ der Person „Lenin“, sondern darum, sein Vorgehen und Handeln kritisch zu beleuchten.

Herr Dr. Scharfenberg meint, die Fraktion CDU habe der Stadt Potsdam mit diesem Antrag einen „Bärendienst“ erwiesen, denn Potsdam sei nun deutschlandweit in die Schlagzeilen geraten. Die Betrachtungen der Fraktion CDU seien einseitig und ideologisch; niemand komme auf die Idee, Lenin zu glorifizieren. Trotzdem sei Lenin eine historische Person und in seine Zeit einzuordnen. Man sollte in der Lage sein, damit umzugehen und sich damit auseinanderzusetzen. Deshalb werde die Fraktion DIE LINKE. PDS dem Antrag auch in der geänderten Fassung nicht zustimmen.

Herr Schubert sieht in der geänderten Fassung eine gute Grundlage um eine „saubere Prüfung“ durchzuführen und eine Entscheidung zu treffen. Die Fraktion SPD werde deshalb zustimmen.

Frau Dr. Schröter verweist darauf, dass eine historische Betrachtung für den Wert eines Denkmals nicht entscheidend sei. In den Jahren 1917/1918 habe es andere Maßstäbe gegeben, die mit unserem heutigen Demokratieverständnis nicht vergleichbar seien.

Der Oberbürgermeister, Herr Dr. Scharfenberg, Herr Schubert und Herr Schüler distanzieren sich von den Äußerungen Herrn Bretz, der Stalinismus und der Faschismus seien bezüglich ihrer Verbrechen gleichzusetzen. Die Verbrechen des Faschismus seien einmalig und mit nichts vergleichbar. Herr Schubert betont, dass diese Gleichsetzung unter Demokraten grundsätzlich ausgeschlossen sei.

Der Oberbürgermeister hält eine kritischen Auseinandersetzung mit der Frage, welche Symbole man in der Stadt haben wolle und welche nicht, für durchaus legitim und spricht sich dafür aus, der geänderten Fassung des Ausschusses für Kultur zuzustimmen.

Frau Paulsen bemerkt in ihren Ausführungen, dass es schon einen Unterschied darstelle, ob ein Denkmal bereits aufgestellt sei oder wieder aufgestellt werde. Sie verweist auf die dazu im Ausschuss für Kultur geführte Diskussion und die Bemerkungen von Herrn Wiesener vom Zentrum für Zeithistorische Forschung zu diesem Thema.

Herr Grünberg merkt an, dass es auch andere Denkmale gebe, die trotz ihrer geschichtlichen Rolle wieder aufgestellt werden und nennt als Beispiel die Garnisonkirche. Dabei lebe die jetzt geführte Diskussion wieder auf. Er verweist auf den von seiner Fraktion gestellten Änderungsantrag und bittet, diesen auch abzustimmen.

Herr Dr. Scharfenberg schlägt vor, die Potsdamer zu dieser Thematik zu befragen; man wisse dann, was die Potsdamer wirklich wollen. Dies, so der Oberbürgermeister, sei nicht notwendig, da er es für legitim halte, dass es eine Bürgerschaft gebe, die dem Lenindenkmal kritisch gegenüberstehe.

Herr Schüler meint, eine kritische Auseinandersetzung zum Thema funktioniere auch ohne ein Denkmal.

Der Oberbürgermeister stellt den Änderungsantrag der Fraktion Die Andere zur Abstimmung. Er wird mit 8 Nein-Stimmen, bei 5 Ja-Stimmen und 2 Stimmenthaltungen abgelehnt.

Der Hauptausschuss folgt der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Kultur.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, in Gesprächen mit dem Eigentümer dafür zu werben, dass die angekündigte Wiederaufstellung des Lenindenkmals in der Hegelallee unterbleibt und gleichzeitig die Überprüfung seines Denkmalstatus zu beantragen.

Es wird vorgeschlagen, dass die Statue in angemessenem Kontext der zeithistorischen Präsentationen des Potsdam- Museums seinen Platz findet.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 9

Ablehnung: 6

Stimmenthaltung: 0

zu 3

Sonderstraßenbaubeitragssatzung für die baulichen Maßnahmen der Landeshauptstadt Potsdam für den Zeitraum vom 21.11.1997 bis 05.08.2003

Vorlage: 06/SVV/0391

Oberbürgermeister, FB Grün- und Verkehrsflächen

Zu diesem Tagesordnungspunkt wird ein Schreiben des Ministeriums des Innern vom 20. September 2006 mit einer ergänzenden rechtlichen Einschätzung hinsichtlich der Nichtbeachtung des § 10 der o.g. Satzung ausgereicht. Herr Exner verweist auf die Kernaussagen dieses Schreibens, wie z.B. dass sich aus den Regelungen des § 10 der Satzung kein subjektives öffentliches Recht ableiten lasse und die StVV mit den Regelungen nur eine interne Zuständigkeitsverteilung geschaffen habe, sowie dass die unterbliebene Anhörung der Anwohner nicht zur Rechtswidrigkeit der erlassenen Bescheide führe. Herr Exner richtet den dringenden Appell an die Stadtverordneten die Satzung zu beschließen, da die Stadt Potsdam zur Beitragserhebung verpflichtet sei.

Herr Dr. Scharfenberg erinnert an die Forderung aus dem letzten Hauptausschuss, das Ausgangsschreiben an das Ministerium des Innern den Mitgliedern zur Verfügung zu stellen. Dies habe er auch erhalten und sieht seine Befürchtungen bestätigt, dass darin der Sachverhalt sehr „mager“ dargestellt wurde. Darin drücke sich die Haltung der Verwaltung aus, das Recht nicht im Sinne des § 10 schaffen zu wollen. Ziel der Stadtverordnetenversammlung sei ein anderes gewesen und somit werde er der Satzung nicht zustimmen. Im Weiteren sollte geprüft werden, wie der § 10 zukünftig ausgestaltet werde, um wirksam zu sein.

Herr Schüler meint, man müsse zur Kenntnis nehmen, dass das in der Satzung enthaltene Anhörungsrecht nicht öffentliches Recht sei. Die Stadtverordneten befänden sich in einer Zwickmühle. Seine Fraktion werde der Satzung zustimmen, weil ein Zwang vorhanden sei und mit der Gestaltung der Beitragshöhe versucht werde, die Belastung für die Bürger zu senken. Damit billige die Fraktion aber nicht die Versäumnisse der Verwaltung.

Auf die Nachfrage von Herrn Bretz, ob es nochmals Gespräche mit dem Bürgerverein Bornim gab, antwortet Frau Dr. von Kuick-Frenz, dass die Verwaltung das Schreiben des Innenministeriums abgewartet habe. Das Prüfergebnis werde man umgehend kommunizieren und sich bezüglich des weiteren Verfahrens mit dem Bürgerverein in Verbindung setzen. Im Weiteren werde man sich dann auch über eine evtl. gemeinsame Klage verständigen.

Herr Schubert betont, dass der politische Makel bleibe und sich die Stadtverordnetenversammlung nun mit der Verwaltung auseinandersetzen müsse. Es werde aber nicht funktionieren, geltendes Recht zu ignorieren.

Die Satzung wird in der von der Verwaltung vorgeschlagenen geänderten Fassung zur Abstimmung gestellt.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Sonderstraßenbaubeitragssatzung für die baulichen Maßnahmen der Landeshauptstadt Potsdam für den Zeitraum vom 21.11.1997 bis 05.08.2003

einschließlich der Änderung des Punktes 6 im § 4

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 9
Ablehnung: 6
Stimmenthaltung: 1

zu 4 Förderung von Familien

Vorlage: 06/SVV/0475

Fraktion SPD

Der Oberbürgermeister verweist auf die Zurückstellung des Antrags in der letzten Sitzung des Hauptausschusses, um den Ergänzungsantrag der Fraktion DIE LINKE. PDS in der Fraktion der Antragstellerin beraten zu können.

Herr Schubert gibt im Ergebnis der Fraktionsberatung bekannt, dass die Antragstellerin der von den Ausschüsse und der Fraktion DIE LINKE. PDS vorgeschlagenen Fassung folgen werde.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Potsdam soll beispielgebende kinder- und familienfreundliche Gemeinde im Land Brandenburg werden.

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, bis zum 01.01.2007 ein Konzept zur Umsetzung der Leitlinien zur Familienpolitik vorzulegen. Die Maßnahmen des Konzepts sollen bei der Haushaltsaufstellung für 2007 Berücksichtigung finden.

In diesem Zusammenhang soll ein Familienpass im Abgleich mit dem vom Land herausgegebenen Familienpass eingeführt werden. (Voten JHA).

Es ist zu prüfen, ob durch die Beteiligung von Privatanbietern weitere Vergünstigungen in den Familienpass aufgenommen werden können. (Votum Ausschuss Gesundheit und Soziales).

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, für die Umsetzung der Aufgabe „Die Landeshauptstadt Potsdam ist beispielgebende kinder- und familienfreundliche Gemeinde“ die erforderlichen organisatorischen, einschließlich der personellen, Rahmenbedingungen zu schaffen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 14
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 1

zu 4.1 Umsetzung der 'Leitlinien zur Familienpolitik' der Landesregierung durch die Landeshauptstadt Potsdam**Vorlage: 06/SVV/0509**

Oberbürgermeister, FB Jugendamt

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 5 Rechenschaftslegung von Aufsichtsratsmitgliedern in der Stadtverordnetenversammlung**Vorlage: 06/SVV/0499**

Fraktion Die Andere

Gemäß der geänderten Tagesordnung werden die DS 06/SVV/0499 und 06/SVV/0650 gemeinsam behandelt.

Im Ergebnis wird Einigung darüber erzielt, die DS 06/SVV/0499 in die weitere Diskussion der DS 06/SVV/0650 einzubeziehen.

Diesem Verfahren wurde mehrheitlich zugestimmt.

zu 6 Public Corporate Governance Kodex der Landeshauptstadt Potsdam**Vorlage: 06/SVV/0650**

Oberbürgermeister, SB Finanzen und Berichtswesen

Herr Exner bringt die Vorlage ein, die aus dem Auftrag der Stadtverordnetenversammlung (DS 05/SVV/0518) an die Verwaltung entstanden ist. Als Vorbild für den Public Corporate Governance Kodex der Landeshauptstadt Potsdam dienten sowohl der Deutsche Corporate Governance Kodex für börsennotierte Unternehmen als auch der Corporate Governance Kodex für die Beteiligungen des Landes Brandenburg. Für das weitere Verfahren schlägt er vor, dieses Papier in den Aufsichtsratsgremien zu diskutieren und mit den Ergebnissen der Diskussion im ersten Halbjahr 2007 den Stadtverordneten erneut vorzulegen.

Herr Schüler begrüßt den Vorschlag und sieht in ihm eine Diskussionsgrundlage. Er empfiehlt, die Anregungen der Fraktion Die Andere aus der DS 06/SVV/0499 in die Diskussion mit einzubeziehen. Die Sicherung des Einflusses der StVV auf die Unternehmen sei im jetzigen Entwurf nicht zu finden und sollte im Weiteren qualifiziert werden.

Herr Bretz regt an, das Abstimmungsverfahren „nicht endlos hinauszuziehen“ und den Kodex als Handlungsgrundlage für Aufsichtsräte im Sinne eines „Baukastensystems“ zu empfehlen.

Herr Dr. Scharfenberg meint, dass 80 – 90 % des Inhalts der Vorlage mit den bisher bekannten Regelungen insbesondere aus Gesetzgebung und Rechtsprechung übereinstimme. Wichtiger seien für ihn die Regelungen, die darüber hinaus gehen, wie z.B. die Offenlegung der Gehälter der Geschäftsführer. Deshalb sollte nicht mit einer Beschlussfassung begonnen werden, sondern mit der Diskussion, die dann in einen Beschluss mündet. Ebenso sieht Frau Dr. Schröter die Diskussion eingeschränkt, weil große Teile des Kodex' rechtliche Vorschriften seien. Sie würde als Aufsichtsratsmitglied gern mehr machen, wie z.B. Bericht erstatten, dürfe dies auf Grund der rechtlichen Gegebenheiten aber nicht. Die Offenlegung der Gehälter sei eine „Kann-Bestimmung“ und sollte wie anderswo auch straffer

geregelt werden. Dem entgegnet der Oberbürgermeister, dass ein Rahmen der verpflichtenden Verhaltensweisen und Regeln wichtig sei, um den Handlungsrahmen abstecken zu können.

Frau Bankwitz findet es positiv, dass die städtischen Beteiligungen in den Focus der Betrachtungen gerückt werden. Für sie sei eine größere Kundenorientiertheit der städtischen Unternehmen wichtig. Alles was dazu diene, sei positiv und sie freue sich schon auf die weitere Diskussion.

Herr Grünberg empfiehlt, den Antrag der Fraktion Die Andere in den Kodex einzuarbeiten.

Herr Exner erläutert im Weiteren, dass der Kodex ein Mix aus rechtlichen Vorschriften und dem, was den möglichen Rahmen weiter ausfülle, darstelle. Die jetzige Variante sei schon sehr abgespeckt, müsse aber dennoch die Frage beantworten, was moderne Standards der Unternehmensführung seien. Eine größere Tiefe inhaltlicher Regelungsart sei nirgends zu finden. Änderungen, Modifizierungen etc. sollten in die Diskussion einfließen. Bezüglich der Offenlegung der Gehälter der Geschäftsführer gebe es keine rechtliche Grundlage, um das gegen den Willen der Betroffenen veröffentlichen zu können. Innerhalb des Kodex könne eine freiwillige Erklärung dazu abgegeben zu werden. Entgegen der Äußerungen von Herrn Grünberg, dass die StVV gegenüber ihren Aufsichtsratsmitgliedern weisungsberechtigt seien, betont Herr Exner, dass die Gemeindeordnung das GmbH-Recht nicht aushebeln könne und somit Interessenkollisionen entstehen können. Hier müsse jedes Aufsichtsratsmitglied für sich entscheiden, wie es mit den Weisungen der StVV umgehe.

Anschließend bittet der Oberbürgermeister, die Debatte auf das Verfahren zu richten, weil es sowieso eine Diskussion des Kodex geben werde, nachdem die Ergebnisse der Beratungen in den Aufsichtsräten vorliegen.

Herr Mühlberg meint, er selbst sei Mitglied in zwei Aufsichtsräten und man solle die Hoffnungen auf die Lösung der Probleme mit dem Kodex nicht zu „hoch schrauben“ – der Teufel läge bekanntlich im Detail. Eine Überarbeitung der Gemeindeordnung solle nicht abgewartet werden, da die in den nächsten 18 Monaten nicht vorliegen werde. Im Weiteren würde er sich eine intensivere Befassung der StVV und ihrer Gremien mit den Beteiligungsberichten wünschen, denn das scheine ihm bisher immer sehr kurz gekommen. Er könne sich u.a. zwei Lesungen der Berichte vorstellen.

Herr Schüler betont, dass die bisherige Debatte die Wichtigkeit der Diskussion zeige und das eine gute Basis sei. Er plädiere dafür, trotzdem über die DS abzustimmen. Dem widerspricht Herr Dr. Scharfenberg; eine vorherige Beschlussfassung sei nicht erforderlich. Herr Bretz spricht sich für eine Abstimmung aus, um die DS 06/SVV/0650 durch einen förmlichen Beschluss anzuerkennen.

Die DS wird zur Abstimmung gestellt:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

1. Als geeignetes Handlungsinstrument zur Umsetzung guter Unternehmensführung und –kontrolle öffentlicher Unternehmen wird die Landeshauptstadt Potsdam „Leitlinien guter Unternehmensführung – Public Corporate Governance Kodex – für Beteiligungen an privatrechtlichen Unternehmen der Landeshauptstadt Potsdam“ (**Kodex**) aufstellen.

2. Der anliegende Entwurf zum Kodex dient hierfür als Diskussionsgrundlage.
3. Die im Kodex benannten Handlungsfelder und Regelungen sowie die möglichen Instrumente sollen in den Fraktionen und mit den Beteiligungen der Landeshauptstadt Potsdam (Geschäftsführungen und städtischen Aufsichtsrats- bzw. Kuratoriumsmitgliedern) in geeigneter Form diskutiert werden.
4. Nach der Diskussion soll der Kodex unter Berücksichtigung der Ideen und Anregungen aus den Fraktionen und Beteiligungen der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung vorgelegt werden.
5. Weiterhin soll der Oberbürgermeister zur inhaltlichen Ergänzung des Kodex beauftragt werden, zu den in der Begründung aufgeführten Handlungsfeldern/ Themenkomplexen zusätzliche Unterlagen zu erarbeiten und den Fraktionen nachrichtlich zur Kenntnis zu geben.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 10
 Ablehnung: 0
 Stimmenthaltung: 6

zu 7 Straßenreinigungssatzung 2007

Vorlage: 06/SVV/0507

Oberbürgermeister, FB Ordnung und Sicherheit

zu 8 Straßenreinigungsgebührensatzung 2007 ohne Grundgebühr

Vorlage: 06/SVV/0508

Oberbürgermeister, FB Ordnung und Sicherheit

Der Oberbürgermeister verweist auf die noch nicht abgeschlossene Diskussion beider Satzungen in den Fachausschüssen. Frau E. Müller verweist ihrerseits auf die ausgereichten Austauschseiten und die anschließenden Informationen von Frau Kluge, die das Verfahren transparenter machen sollen.

Frau Kluge erläutert, dass die Verwaltung die Eigentümer angeschrieben habe und nun aufgrund der Rückmeldungen Nachberechnungen der Kalkulation erforderlich war.

Sie erläutert die Austauschseiten mit der textlichen Darstellung und der Gegenüberstellung der Kalkulation. Vorangestellt sei den Austauschseiten eine entsprechende Zusammenfassung.

Herr Dr. Scharfenberg nimmt auf Pressemeldungen Bezug, die davon sprechen, dass sich die Verwaltung um 21 km verrechnet habe. Dies könne er sich nicht vorstellen und wenn, „sei das eine Fehlleistung“. Er erinnert an eine Rückzahlung im vergangenen Jahr von 800.000 Euro, die mit einer Überarbeitung der Kalkulation begründet worden sei. Im Zahlenvergleich mit der jetzt vorgelegten Kalkulation meine er, dass eine halbe Million „aufgeschlagen“ wurden und bittet die Verwaltung, dies umgehend klarzustellen.

GO-Antrag:

Herr Bretz beantragt die Vertagung der TOP 7 und 8 und die schriftliche Beantwortung der Fragen von Herrn Dr. Scharfenberg.

Dem Geschäftsordnungsantrag wird mit Stimmenmehrheit, bei einer Gegenstimme und mehreren Stimmenthaltungen zugestimmt.

Frau E. Müller bittet, auftretende Fragen an den Geschäftsbereich 3 weiterzugeben und bietet an, die Satzungen bei Bedarf in den Fraktionen vorzustellen.

zu 9 Sitzungskalender 2007

Vorlage: 06/SVV/0619

Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der StVV

Der Oberbürgermeister stellt die Vorlage zur Abstimmung:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Sitzungskalender 2007 als Arbeitsgrundlage für die Stadtverordnetenversammlung, ihre Fraktionen und Ausschüsse.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig **angenommen.**

neu Dienstreise der Vorsitzenden der StVV zum zweiten Regionaldialog zur Überarbeitung der gemeinsamen Landesplanung der Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg am 04.10.2006

Vorlage: 06/SVV/0776

Oberbürgermeister

Der Oberbürgermeister bringt die Vorlage ein.

Frau B. Müller verweist darauf, dass entgegen der Feststellung in den finanziellen Auswirkungen keine Reisekosten

Der Hauptausschuss beschließt:

Die eintägige Dienstreise der Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung zum zweiten Regionaldialog zur Überarbeitung der gemeinsamen Landesplanung der Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg am 04. Oktober 2006 nach Premnitz wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig **angenommen.**

zu 10 Nutzungskonzept für die Potsdamer Innenstadt

Vorlage: 06/SVV/0652

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Zu diesem Tagesordnungspunkt informiert der Oberbürgermeister, dass die im letzten Hauptausschuss angekündigte Sitzung mit Vertretern der AG-City, der Bürgerinitiative „Freies Tor“, der Verwaltung und weiteren externen Vertretern zum Thema „Weihnachtsmarkt“ stattgefunden habe. Im Ergebnis wurde Übereinkunft erzielt, dass

1. für 2006 die Anzahl der Buden auf 90 reduziert werde
2. im Vorfeld des Weihnachtsmarktes ein Standplan öffentlich präsentiert wird – dazu werde die Stadtverwaltung einladen und
3. die Stadt einen Ansprechpartner für die Zeit des Weihnachtsmarktes benennen werde.

Zur Verbesserung der Qualität des Weihnachtsmarktes sollen weitere Angebote aufgenommen werden. Im Januar 2007 sei eine Auswertung des Weihnachtsmarktes 2006 vorgesehen und die Abstimmung notwendiger Änderungen.

Daran anschließend erhält Frau Samtleben für die Bürgerinitiative „Freies Tor“ das Rederecht und stellt aus deren Sicht den derzeitigen Sachstand dar.

In der sich anschließenden Diskussion stellt Herr Dr. Scharfenberg fest, dass die erwartete Einigung zwischen den Parteien nicht eingetreten sei und fragt nach, ob der Oberbürgermeister eine Chance dafür in der für den 25.09.06 angekündigten Zusammenkunft im Plenarsaal der Stadtverwaltung sehe. Der Oberbürgermeister antwortet darauf, dass die Forderung der Bürgerinitiative „Freies Tor“, die Brandenburger Straße von Buden frei zu halten, nicht umsetzbar sei. Es könne auch nicht im Belieben der Geschäftsinhaber entschieden werden, ob vor ihrer Tür eine Bude stehe oder nicht. Damit werde für den Weihnachtsmarkt kein Zusammenhang hergestellt und das Konzept funktioniere so nicht, weil eine gewisse Dichte vorhanden sein müsse. Dezentrale Veranstaltungen auf einem der Plätze hätten keine Funktionsfähigkeit. Trotzdem sei eine Diskussion und die Aufnahme weiterer Anregungen möglich.

Dem widerspricht Frau Bankwitz. Die Behauptung, ein Weihnachtsmarkt auf zentralen Plätzen funktioniere nicht, sei eine unbewiesene Behauptung. Die Gewerbetreibenden auf der Brandenburger Straße seien durch hohe Abgaben belastet, hätten aber kein Mitspracherecht bei der Weihnachtsmarktgestaltung. Man müsse auch unbequeme Meinungen berücksichtigen. Sie frage sich, wozu die Stadt den teuren Lustgarten gebaut habe und diese Investition jetzt nicht nutze. Die Fraktion BürgerBündnis/FDP werde für die nächste Sitzung der StVV einen weiteren Antrag zu diesem Thema einbringen und deshalb plädiere sie für eine Zurückstellung der DS 06/SVV/0652 und 06/SVV/0656, um alle Anträge gemeinsam zu behandeln. Herr Schubert regt an, zu der Veranstaltung am 25.09.06 auch die Anwohner einzuladen, um ihnen „klar zu machen“, was auf sie zukomme. Der Oberbürgermeister spricht sich gegen diesen Vorschlag aus und meint, man werde die Innenstadthändler einbeziehen und sich mit weiteren Ideen auseinandersetzen. Die Diskussion werde nach Auswertung des Weihnachtsmarktes 2006 im Januar nächsten Jahres fortgesetzt. Herr Schubert bekräftigt seine Idee und betont, dass viele Probleme, wie z. B. die Beschallung, durch einfache Maßnahmen aus der Welt geschaffen werden können.

Gegen den Vorschlag, Herrn Cornelius das Rederecht zu erteilen, erhebt sich seitens der Mitglieder des Hauptausschusses kein Widerspruch. Herr Cornelius betont, dass die Händler jedes Jahr zum Thema Weihnachtsmarkt befragt werden. Allerdings spiele hier auch die Finanzierung eine Rolle. Wenn der Weihnachtsmarkt z.B. auf dem Luisenplatz stattfinde, werde es in der Brandenburger Straße und der Fr.-Ebert-Straße keine Weihnachtsbeleuchtung mehr geben.

Herr Grünberg meint, dass nicht nur die AG City, sondern alle Innenstadthändler über die Gestaltung des Weihnachtsmarktes entscheiden sollten.

Abschließend schlägt der Oberbürgermeister vor, **beide Drucksachen zurückzustellen und nach Auswertung des Weihnachtsmarktes 2006 in der zweiten Januarhälfte wieder auf die Tagesordnung zu setzen.** Gegen diesen Vorschlag erhebt sich kein Widerspruch.

zu 11 **City - Beirat**
Vorlage: 06/SVV/0656
Fraktion SPD

zurückgestellt – siehe TOP 10

zu 12 **Mitteilungen der Verwaltung**

zu 12.2 **Transformationsprozess im Klinikum Ernst von Bergmann**
aus HA 14.06.2006

Behandlung im nicht öffentlichen Teil.

zu 12.3 **Analyse des Einsatzes öffentlicher Mittel**
Vorlage: 06/SVV/0679
Oberbürgermeister, FB Stadterneuerung und Denkmalpflege

Herr Dr. Scharfenberg fragt nach, ob sich der Ausschuss Stadtplanung und Bau- en mit dieser Mitteilungsvorlage bereits beschäftigt habe und mit welchen Ergeb- nissen. Er merkt weiterhin an, dass diese Zahlen sehr spät vorgelegt worden sei- en und dann auch noch Fehler in der zahlenmäßigen Darstellung enthielten, die im Nachhinein korrigiert werden mussten. Aus den Darstellungen lese er eine starke Konzentration des Einsatzes öffentlicher Mittel auf die Stadtmitte. Deshalb sollte diese Analyse in anderen Zusammenhängen in die Diskussion einbezogen und Schlussfolgerungen aus den letzten 16 Jahren gezogen werden.

Herr Bretz beantragt eine Verständigung zur weiteren Verfahrensweise und keine inhaltliche Diskussion dieser Mitteilungsvorlage.

Gegen den Vorschlag des Oberbürgermeisters, diese Mitteilungsvorlage in die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Hauptausschusses am 11. Oktober auf- zunehmen, erhebt sich kein Widerspruch.

neu **Information zur DS 06/SVV/0225**

Der Oberbürgermeister verweist auf die DS 06/SVV/0225, die auf der Tagesord- nung der nächsten Sitzung der StVV unter „Aufträgen an den Oberbürgermeister“ stehe. Er bittet Herrn Exner vorzutragen, warum der Auftrag zur Sitzung am 27.09.2006 seitens der Verwaltung nicht erfüllt werden könne.

Herr Exner informiert, dass die Verwaltung die Bedarfsanalyse und die Machbar- keits- und Wirtschaftlichkeitsstudie in der November-Sitzung der StVV parallel einbringen wolle, um dies im Kontext zu behandeln. Damit sei u.a. auch der neu- en Werkleiterin des Kis die Möglichkeit gegeben, sich mit dieser Thematik umfas- send vertraut zu machen.

Herr Dr. Scharfenberg fragt nach, ob Herr Exner zusichern könne, dass das kom- plette Werk am 01.11.2006 den Stadtverordneten vorgelegt werde. Herr Exner erklärt, dass es in der Novembersitzung der StVV den Endbericht zu dem am 05.

April d.J. vorgelegten Zwischenbericht (DS 06/SVV/0322) geben werde, in dem zu allen kommunalen Bauten Informationen und Festlegungen enthalten seien. Herr Schubert verweist darauf, dass bereits in der genannten Aprilsitzung der Kontext gefordert und der Wille geäußert wurde, dies früher vorgelegt zu bekommen. Nun müsse man sich wiederum dem Willen der Verwaltung beugen, das sei nicht korrekt, aber wohl auch nicht zu ändern.

neu behindertengerechte Ausstattung des Hans-Otto-Theaters

Frau Dr. Müller informiert über die Diskussion dieses Themas in der Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales und betont, dass es um die Klärung der Frage gehe, wie so etwas passieren könne und wer dafür die Verantwortung trage.

Der Oberbürgermeister schlägt vor, dies als gesonderten Tagesordnungspunkt in der nächsten Hauptausschusssitzung am 11. Oktober zu behandeln und dazu alle Beteiligten, wie z.B. den Kis und den Behindertenbeauftragten einzuladen.

Herr Schüler spricht sich für diesen Vorschlag aus und bittet vorab um eine Mängelliste und eine Information, wie diese Mängel beseitigt wurden. Frau Paulsen unterstützt den Vorschlag ebenfalls und bittet, auch eine Kostenschätzung für die Beseitigung der genannten Mängel hinzuzufügen.

neu Griebnitzsee

Herr Exner informiert über die Entscheidung des zweiten Senats vom Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg, welches die Normenkontrollanträge abgewiesen und die Veränderungssperre am Griebnitzsee für rechtskräftig erklärt habe. Das Gericht habe festgestellt, dass es sich um eine vollzugsfähige Planung handle. Ebenso gab es keine Beanstandungen bezüglich der Formfragen der Satzung. Allerdings habe der Richter die verwendeten Vergleiche mit der Nazizeit in den Schriftsätzen der Klägerseite nachdrücklich kritisiert

Die schriftliche Urteilsbegründung werde erst in einigen Wochen vorliegen.

Herr Goetzmann ergänzt, dass Ordnungsverfügungen bzw. Bußgeldverfahren in eingeleitet seien; die Anzahl sei zweistellig.

zu 13 Sonstiges

Novellierung der GO

Auf die Nachfrage von Herrn Dr. Scharfenberg, ob die Stellungnahme der Stadt zur Novellierung der GO an das Land weitergeleitet wurde, bestätigt der Oberbürgermeister, dass der „Brief unterwegs sei“.

Statistik über Akteneinsicht

Herr Dr. Scharfenberg fragt nach der statistischen Erfassung der Anträge auf Akteneinsicht, die in den letzten zwei Jahren den Stadtverordneten nicht vorgelegt wurde.

Der Oberbürgermeister antwortet, dass er dies prüfen und dann informieren werde.

Baumschutzordnung

Im Frühjahr d.J., so Herr Dr. Scharfenberg, habe man über die Baumschutzverordnung gesprochen und verabredet, im Herbst weitere Informationen dazu zu geben.

Frau E. Müller verweist darauf, dass es dazu eine Stellungnahme in einer der nächsten Sitzungen des Ausschusses für Ordnung, Umweltschutz und Landwirtschaft geben werde.

Sitz der Stiftung Denkmalpflege

Herr Dr. Scharfenberg bittet um eine Information über die Ansiedlung der Stiftung Denkmalpflege in der Schiffbauergasse und die Beantwortung der Frage, ob dabei finanzielle Belastungen auf die Stadt zukommen.

Der Oberbürgermeister sichert eine Information im nächsten Hauptausschuss zu.

Anschließend kritisiert Herr Bretz den Umgang mit dem Tagesordnungspunkt „Sonstiges“, der nicht als „Fragestunde der Fraktionsvorsitzenden“ umfunktioniert werden solle. Er bittet, dafür zukünftig Regelungen zu finden. Der Oberbürgermeister unterstützt das Anliegen und bittet die Fraktionen, entsprechende Vorschläge zu unterbreiten.